

# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

(mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr. Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Illustrirtes Sonntagsblatt, Mode und Heim,  
Landwirtschaftliche und Handels-Zeitung.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abnahme  
1 Mark 20 Pf. durch den Hermsdörfer,  
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 275.

Donnerstag den 24. November.

1898.

Für den Monat Dezember werden noch Abonnements auf den **'Merseburger Correspondent'**, zum Preise von 40 Pfg. resp. 42 Pfg. von allen Postanstalten, Postbüros, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Exemplare finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechende Verbreitung.

## Reichsverdrissenheit.

Das die Art, wie, nicht erst seit heute oder gestern, im Reich und in Preußen, regiert wird, nicht dazu geeignet ist, außerhalb der Reichshauptstadt moralische Erhebungen zu machen, bedarf keiner besonderen Begründung. Im Grunde sind dieser Ansicht auch diejenigen, die es für tadellos klug halten, ihre Unzufriedenheit nicht laut werden zu lassen, um nicht mit den „Radikalen, Partikularen und Reichsfeinden“ in einen Topf gemorren zu werden. Das die Unzufriedenheit nicht auf Zeitungs-Schreiber oder Bierantipistler beschränkt ist, davon hat man eben erst einen außerordentlich schlagenden Beweis erhalten. — Vor einigen Tagen veröffentlichte die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ eine offiziöse Notiz, mittels deren ein gewisses Reichsamt eine hiesige Nachrichten-Correspondenz von seinen Reichsossen abschnitt. Die „Norddeutsche“ schrieb nämlich: „In der Presse ist kürzlich die Vermutung ausgesprochen, daß die „Wittelsbacher und politische Correspondenz“ Beziehungen zu antiken Stellen des Reichs habe, bezüglich zu halbamtlichen Mitteilungen seitens derselben benutzt werde. Diese Annahme ist, wie uns bekannt geworden, unzutreffend.“ Bei welchem Anlaß die Vermutung, daß die „Witt. u. pol. Corr.“ zu halbamtlichen Mitteilungen benutzt werde, laut geworden ist, wurde nicht gesagt. Es wird sich aber wohl um die Bemerkungen handeln, welche sie vor etwa vierzehn Tagen an die Nachricht einer Reise des Großherzogs von Baden (des angeleglichen Stellvertreters des Kaisers) nach München gerichtet hatte. Der Großherzog, schrieb sie, werde jedenfalls Veranlassung nehmen, den Beweiser des Reiches Bayern darüber freundlichst zu verständigen, in welchem Maße mehrfach die Ansichten seiner eigenen Regierung und der preussischen über wichtige Erfordernisse der Zeit auseinandergehen. Sowohl hinsichtlich der Sozialpolitik wie derjenigen des Schutzes der nationalen Arbeit hält die bayerische Regierung nicht wenig bemerkenswerter Beharrlichkeit an Ideen fest, die es mitunter als zweifelhaft erscheinen lassen, ob bei ihr das durch die Versailles Verträge indirekt umschriebene Maß von Rücksichtnahme auf die übrigen Glieder des deutschen Reichs sich gemindert oder die Neigung sich vergrößert hat, den Anspruch zu erheben, daß die Führung in Deutschland weniger bei Preußen als bei Bayern zu liegen habe.“ Diese Mitteilung wäre vielleicht weniger tragisch genommen worden, wenn die „Witt. u. pol. Corr.“ nicht die in Rede stehende Correspondenz mit einer vielfach als Sprachrohr amtlicher Kreise benutzten Correspondenz verwechselt hätten. Nachdem aber die „Nordd. Allg. Ztg.“ das Dementi veröffentlichte, erklärte die dekonvulsierte Correspondenz ziemlich kleinlaut, sie habe ihre Mitteilung nicht aus amtlichen Quellen, sondern aus bayerischen. Was denselben in ihrer Hinsicht zu Grunde lag, hat inzwischen auch die „Witt. u. pol. Corr.“ mitgeteilt; nämlich: die bayerische Regierung widerspricht den Vorschlägen der Novelle zum Sozialgesetz, welche sich auf die anderweitige Verteilung der Steuern beziehen. In München ist man eben der Ansicht, die bayerische Regierung sei (ebenso wie die preussische) in der Lage, durch anderweitige Abgrenzung der Bezirke der Versicherungsanstalten dem „Reichslande“ der oberbayerischen

Anstalt abzuhelfen. In Bayern will man offenbar einen Schritt, der auf den Weg zu einer Reichsversicherungsanstalt führen könnte, nicht thun. Daß Bayern damit seine Stellung im Reiche verkenne, kann man nicht behaupten. Die Frage ist auch weniger eine sachliche, wie eine persönliche, insofern diejenige Instanz, welche den finanziellen Ausgleich zwischen den Versicherungsanstalten besorgt, den Widerspruch Bayerns als eine persönliche Niederlage empfindet. Die Mitteilung der „Witt. u. pol. Corr.“ läßt erkennen, mit welchen Argumenten versucht worden ist, den Widerspruch Bayerns zu brechen. Um so weniger kann es überraschen, daß das Schlagwort „Reichsverdrissenheit“ wieder in Circulation gesetzt wurde und — weshalb die „Nordd. Allg. Ztg.“ das räthelhafte Dementi veröffentlichte mag. Zwischen es übrigens Bayern auf dem Gebiet des Schutzes der nationalen Arbeit an dem verlangten Entgegengemessen hat fehlen lassen, ist bisher nicht angeklagt. Sollte man in München in der Unterwerfung unter die Diktatur der oberbayerischen Agrarier nicht die wahre staatsmännliche Weisheit sehen?

## Zur Dreyfusfrage

wird aus Paris gemeldet, der Kassationsgerichtshof verbot am Montag Nachmittag General Goyse und General Roger, den ehemaligen Kabinetschef Cavagnac, ferner heißt es, du Paty de Clam solle wegen der Affäre der verhafteten Dame von dem Kassationshof verurtheilt werden. Angeblich soll sich dieser Spießgeselle Gherbays wieder in Paris befinden.

Eine interessante Nachricht ist der „Wos. Ztg.“ aus London zugegangen. Der „St. James-Way“ wird aus Paris mitgeteilt, das geheime Aktenstück, das den Offizieren des Kriegsgerichts gezeigt wurde und die Verurtheilung Dreyfus hauptsächlich herbeiführte, sei ein Brief des russischen Militärattachés in Paris, General Fredericks, aus Berlin an die französische Militärbehörde gewesen, besagend, daß ein Bericht in Pariser Nachrichtenbureau sei, der für den Verkauf von Geheimnissen an den deutschen Generalstab verantwortlich sei. Der Bericht sei ein gewisser Dreyfus, Hauptmann der Artillerie. Später habe Fredericks ermittelt, daß er arg gekränkt worden sei. Frau Dreyfus habe einen Brief des Generals, worin er seinen Irrthum freimüthig einräumte. Der Brief Fredericks soll den Kassationshof beeinflusst haben, den Aussagen bei den Vernehmungen der ehemaligen Kriegsminister wenig Bedeutung beizumessen und Dreyfus anfordern zu lassen, seine Vertheidigung vorzubereiten.

In den Wandelgängen der Kammer war am Montag ein Gerücht verbreitet, daß Oberst Picquart erst nach Beendigung der Untersuchung gegen Dreyfus vor das Kriegsgericht gestellt, ungewissen aber voraussichtlich provisorisch in Freiheit gesetzt werden würde.

Ganz hat sich diese Annahme nicht bestätigt. Wahr ist nur, daß Picquart am Dienstag vor dem Kassationshof erschien. Picquart wurde von zwei Beamten der Sicherheitspolizei in einem Flaker vom Cherche-Midi-Gefängnis nach dem Gebäude des Kassationshofes gebracht. Der Kassationshof begann sofort mit dem Verhör Picquarts. Ein Zwischenfall kam nicht vor.

## Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** In das parlamentarische Zustandekommen des österreichisch-ungarischen Ausgleichs glaubt auch die österreichische Regierung nicht mehr. Im Ausgleichsausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses erklärte auf eine Anfrage des Abg. Leher Handelsminister Dpaull, daß höchstens das Zoll- und Handelsbündniß rechtzeitig bis zum 1. Januar fertiggestellt werden könne.

Für das Besetztwerden des ganzen Ausgleichs, so sagte der Minister, kann und wird wohl ein weiterer Zeittermin herangezogen werden müssen. Der Minister möchte diesem Zweck den Namen und Charakter eines Geschäftsprovisoriums geben. Der Ausschuß erledigte am Montag die ersten drei Artikel des Zoll- und Handelsbündnisses unverändert nach der Regierungsvorlage. — Die Demission des österreichisch-ungarischen Reichskriegsministers Frhrn. v. Krieghammer wird nunmehr bestimmt gemeldet. Wie die „Neue Freie Presse“ aus parlamentarischen Kreisen berichtet, hat der zur Zeit auf einer Urlaubreise in Dalmatien befindliche Reichskriegsminister Geler von Krieghammer demissionirt. Authentisches liegt bisher nicht vor. — Urge Standale gab es am Montag im ungarischen Abgeordnetenhause. Vor Eintritt in die Tagesordnung warf die Opposition die Janzi-Frage abermals auf. Der Honvedminister Fejervary polemisirte mit den oppositionellen Rednern. Ueber einen Zwischenfall angebracht, wendete der Minister sich zur Nationalpartei und rief: „Sie haben aber Ehre nicht zu urtheilen, da Sie die Ehre Anderer mit Füßen treten, Sie Erwerber!“ Die gesammte Opposition brach in wildes Gekrei und Loben aus, schlug mit den Fäusten auf die Bulte und forderte, daß der Präsident den Minister zur Ordnung rufe. Sie wüßte den Minister solange am Sprechen zu verhindern. Das Loben dauerte minutenlang. Stimmliche Ruhe, wie: Desösterreichischer Söldling! Grobes Schwein! Der ist ein größeres Schwein als Banffy! wurden dem Minister zugesendet. Der Präsident suspendirte die Sitzung. Nach Wiederaufnahme derselben forderte die Opposition, der Minister möge um Verzeihung bitten. Abermals erneuerten sich die wilden Szenen. Hierauf wurde die Sitzung wieder suspendirt. Diese Komödie wiederholte sich nach den einstündigen Unterbrechungen durch die Vertagung bis abends 11 1/2 Uhr, um welche Zeit der Präsident die Sitzung unter dem Jubel der Opposition schloß. Mehrere auf den Galerien demonstrierende Studenten wurden verhaftet. Am Dienstag wurde die Angelegenheit, um die der Standal entstanden war, in aller Ruhe beigelegt. Der Präsident sagte, der Honvedminister habe zu hören geglaubt, man rufe ihn zu: „Von Ehre sprechen Sie nicht!“ Der Präsident forderte denjenigen Abgeordneten, welcher diesen Zwischenfall gethan hat, auf sich zu melden. Oskar Ivaska erklärte, er habe nur gesagt: „Ehrenwort auf Zeit“, worauf der Honvedminister erklärte, da der Zwischenfall, den er zu hören glaube, nicht erfolgt sei, so bitte er das Haus, seine Worte als nicht gesagt zu betrachten. (Lebhafte Beifall im ganzen Hause.) Die Angelegenheit war damit erledigt und der Honvedminister legte seine gestrige Rede fort. — Die Straße, in welcher das Gebäude des Abgeordnetenhauses liegt, war von einer starken Volksmenge abgesperrt und nur mit Legitimation passierbar. Die sich zur Sitzung begebenden Abgeordneten wurden von Beamten des Abgeordnetenhause legitimirt. Der Aufseher war von einer dichtgedrängten Menschenmenge besetzt. Vor dem Polizeistation fanden Ansammlungen von Studenten statt, welche mit der besten Polizei handgemein wurden und dieselbe mit Steinen beschoßen. Die Polizei drängte die Studenten in das Polizeidivisionär zurück.

**Frankreich.** Die französische Deputirtenkammer nahm am Montag mehrere Anträge mit 492 gegen 43 Stimmen an, nach denen für Preisvergehen sowie für Vergehen gegen das Vereins- und Versammlungsrecht Amnestie gewährt wird.

**Spanien und Mexica.** Bezüglich der Philippinen herrscht nunmehr volle Klarheit über die Absichten der Vereinigten Staaten. Wie die die „Agence Havas“ amtlich mittheilt, bestanden in der Sitzung der Friedenscommission am Montag die amerikanischen Commissare auf Anerkennung der Souveränität Mexicas.

über die Philippinen gegen Zahlung einer Entschädigung von nur 20 Mill. Dollars, d. h. ungefähr der Hälfte der Philippinenschuld. Die amerikanischen Commisare gaben zu verstehen, daß das die letzten Bedingungen der Amerikaner seien und verlangten außerdem den Verkauf einer Karolineninsel zur Errichtung eines Kohlendepots und einer Telegraphenstation. Die spanischen Commisare erwiderten darauf, die Amerikaner legen das Friedensprotokoll dahin aus, daß es ihnen gelatte, die Souveränität über die Philippinen zu verlangen; daraus gehe hervor, daß die Konferenz das Recht habe, Amerika den Besitz der Philippinen zu verweigern. Wenn die Amerikaner sich diesen Besitz ohne Zustimmung der Konferenz zueigneten, zerrißten sie damit selbst ihr Friedensprotokoll. Schließlich schlugen die spanischen Commisare vor, ihrer Regierung Bericht zu erstatten. — Nach privaten Meldungen aus Paris soll es in der Antarkt Amerika bezüglich der Philippinen auch gegeben haben, Amerika beabsichtige, die Philippinen als offene Thüre für den Welthandel zu erhalten. Die amtliche Meldung der „Agence Havas“ enthält nichts dergleichen. — Ueber neue Ankündigungen der Vereinigten Staaten wird der „Schles. Ztg.“ aus Newyork gemeldet, Marine-Sekretär Long werde auf Grund neuester Abmachungen im Seesaministerium von Congress die sofortige Bewilligung von dreizehn neuen Kriegsschiffen verlangen. Diese werden sein: 3 große Schlachtschiffe erster Klasse, 3 Panzerkreuzer von möglichst großer Schnelligkeit, 2 besonders stark ausgerüstete Panzerkreuzer und 5 Panzerkreuzer zweiter Klasse. Diese Schiffe sind in 3 Jahren zu bauen. Die Kosten werden auf 200 Mill. Mk. beziffert. Erst unlängst hat der Congress 400 Millionen für den Bau von 36 Torpedobooten verschiedener Klassen bewilligt. Der Effektivbestand der Marinetruppen soll auf 17 000 Mann erhöht werden.

**Türkei.** Auf Kreta wird allem Türkischen gründlich der Garaus gemacht. Der „Russischen Telegraphen-Agentur“ wird aus Kanea gemeldet: Dem Beispiel der Russen in Retzmo folgend, welche die griechische Sprache als die offizielle anerkannten, haben die Admirale beschlossen, dasselbe für ganz Kreta zu verfügen. — Das internationale Militärgericht in Randa verurtheilt am Montag drei Personen wegen in Randa verübten Mordes zum Tode durch Erschießen. — Gutem Vernehmen nach haben die vier betheiligten Großmächte dahin entschieden, daß eine etwazige türkische Flotte als Zeichen der Suzeränität des Sultans auf Kreta gehißt werden dürfe. Eine Bewachung der Flotte durch türkische Beamte wurde jedoch nicht zugelassen. — Prinz Georg von Griechenland ist noch nicht auf Kreta eingetroffen. Hvor soll er noch unter den Mächten die Feststellung der kretischen Flotte und der Dauer des Mandats des Prinzen erfolgen. Der Prinz soll den amtlichen Titel führen: „Obercommisare der Mächte in Kreta“. Die griechische Kammer soll angegangen werden, ihm eine Jahresrente von 150 000 Drachmen zu bewilligen.

**Absessinien.** Aus Absessinien hat der „Stuttg.“ zufolge der italienische Spezialgesandte beim Negus Hauptmann Cicco de Cola telegraphisch bekräftigt, daß Menelik auf dem Marsche gegen Ras Mangassa sei; die Depesche fügt hinzu, daß Cicco de Cola von Menelik aufgesporcht worden sei, ihn zu begleiten.

**Mittelamerika.** Durch die Revolution in San Salvador ist der kaum gegründete Bund der centralamerikanischen Republiken Nicaragua, Salvador und Honduras wieder aus dem Keim gegangen. Die Revolution in Salvador ist gegen den neuen Bundesstaat gerichtet gewesen. Nach der Verfassung des letzteren sollte die Bundesregierung vollständig freie Verfügung über die Streitkräfte der drei Bundesstaaten erhalten und mehr als die Hälfte der Einnahmen sollte in die Bundeskasse fließen. Dagegen erklärten sich nun entschieden die reicheren Klassen von Salvador, da die Einnahmen dieses Staates viel größer sind als diejenigen der beiden andern Bundesgenossen. Weil aber Präsident Gutierrez, dessen Amtssterm im Februar nächsten Jahres abgelaufen wäre, für die Föderation mit Honduras und Nicaragua eintrat, so beschloßen seine Gegner, ihn aus dem Amte zu vertreiben, was denn auch nach einer kurzen aber scharfen Revolution gelungen ist, worauf General Jonas Mezalado den Präsidentenstuhl von Salvador eingenommen hat. Man erwartet nun, daß die neue Regierung alsbald aus dem Bunde austreten wird.

### Deutschland.

Berlin, 23. Nov. Das Kaiserpaar hat auf der Nacht „Hohenzollern“, wie aus Brindisi telegraphisch wird, gestern früh 9 Uhr bei trübem, regnerischem Wetter diesen südtürkischen Hafenort passiert und setzt jetzt durch das adriatische Meer

die Reise nach Venedig fort. Die Fahrt bis Brindisi war gut verlaufen; an Bord war alles wohl.

— Herr v. Bülow, der bisherige preussische Gesandte beim päpstlichen Stuhle, ist in Rom eingetroffen, um von dem Papste in Abschiedsaudienz empfangen zu werden.

— In der kirchlichen Angelegenheit antwortet Prof. Seydel auf das zweite Gutachten des Prof. Born mit dem Hinweis, dem Bundesrat müsse das Recht, mit einem eventuellen Urtheil einen Fürsten vom Thron zu weisen, abgesprochen werden, weil der Fürst besagt sei, die Legitimation des Bevollmächtigten zum Bundesrat zu prüfen. Die Thronfolge in Lippe sei eine Staatsangelegenheit des Staates Lippe-Deimold, nicht des Staates Schaumburg-Lippe, und der Anspruch des Fürsten von Schaumburg-Lippe sei ein rein persönlicher. Eine Unterscheidung zwischen dynastischen und Staatsinteressen zu machen, werde heute als völberechtigt nicht mehr angesehen. Wolle der Fürst von Schaumburg-Lippe etwas im Staate Lippe-Deimold, dann müsse er sich auch dessen Rechtsordnung gefallen lassen.

— Wie sich die Zahl der Adligen zur Zahl der Reichthümern und Regierungsoffiziere verhält, ist für die „Post“ völlig gleichgültig, da doch nur der rechte Mann immer an die rechte Stelle gestellt wird und der Tüchtigste den Vorzug erhält, denn eine Bevorzugung der Adligen stände nicht allein mit den besten Traditionen des preussischen Staates, nach welchen für die Uebernahme in die Verwaltung oder das Amt die Ueberlegenheit ausschließliche die Tüchtigkeit des Charakters und die Güte der Leistung bestimmend sein soll, im Widerspruch, sondern widers auch mit den Interessen des Staatsdienstes völlig unvereinbar. — Die liebe Unschuld giebt aber unmittelbar darauf zu: Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die berechtigten Klagen über unzureichende Vorbildung mancher Verwaltungsbeamten zu einem guten Theile ihren Grund darin haben, daß auf diesen Gebieten minderwertige Elemente bei der Annahme für den Verwaltungsdienst wissenschaftlich-tüchtigen vorgebildeten Gerichtsreferendaren vorgezogen werden sind. Schließlich versichert das Blatt: Die konservativen Theile in vollem Maße die Auffassung, daß es für die preussische Verwaltung ein Krebsgeschwür wäre, wenn die Auswahl der Amter für den Verwaltungsdienst und das Aufsteigen in diesem Dienste nicht nach Maßgabe der wissenschaftlichen und praktischen Tüchtigkeit, sondern mehr nach äußeren Vorzügen erfolgte.

— **Militärisches.** Die Theilung des 11. Armeecorps ist beinahe fertig. Das neue Armeecorps soll die 21. und 25. (großherzoglich-heßische) Division umfassen, und der Sitz des Generalcommandos wird der „Kön. Reg.“ zufolge Frankfurt werden. — Die Bezeichnung „XVII. (sächsisches) Armeecorps“, welche sich auf einem längst in Gebrauch genommenen Sanitätswagen befand, wird in den „Dresd. Nachr.“ von militärischer Seite, wie folgt, erklärt: Sachsen formirt im Kriegesfall ein 2. Corp., und für dieses liegen die nötigen Materialien bereit und tragen die Bezeichnung: XVII. Corp. Und so ist auch die XVII auf diesem Sanitätswagen zu erklären. Daß dieser Sanitätswagen überhaupt verwendet worden ist, geht daraus hervor, daß schon in Friedenszeiten das rollende Material gelegentlich auf seine Verwendbarkeit hin erprobt, theils auch zur Ausbilde herangezogen wird. Was übrigens die Bildung eines 2. sächsischen Corp. anbelangt, so wird meines Dafürhaltens, dieses Jahresbetriff sie kaum mehr erleben. — Das ist keine lange Zeit!

— Ein Urtheil auf Ehrverlust wegen Streikvergehens) meldet der „Vorwärts“ aus Dresden. Ein Maurer, der sich weigerte, eine nicht vorgeschriebene Arbeit noch einmal zu machen, wurde entlassen und erhielt neben anderen Arbeitkollegen am Lohnstag statt 45 Pfg. nur 43 Pfg. Stundenlohn. Darauf soll der Entlassene geäußert haben: „Wenn Sie nicht 45 Pfg. Lohn pro Stunde zahlen, sorgen wir dafür, daß vier Wochen kein Maurer auf den Bau kommt.“ Wegen dieser Anfeuerung erfolgte eine Verurteilung zu sechs Monaten Gefängnis und zu drei Jahren Ehrenrechtsverlust. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden, die Anfeuerung in der von der Anklage behaupteten Form gethan zu haben; er habe sich viel harmloser ausgeprochen.

### Provinz und Umgegend.

† Reiz, 20. Nov. Der Untersuchungsrichter in Berlin hat gestern der hiesigen Polizeiverwaltung die amtliche Dreie gegeben lassen, daß Pseudo-Geistert als Gefangener zu betrachten und entsprechend zu bewachen sei. Der Untersuchungsrichter ordnete ferner an, daß ihm gemeldet werden solle,

wann der Gefangene transportfähig sei, damit dessen Ueberführung in das Berliner Untersuchungsgefängnis verfügt werden könne. Inzwischen sollen mit Rücksicht auf den Zustand des Kranken alle Besuche unterbleiben. Eine Recognition des Patienten unterbleibt; daß Geistert mit Wegener identisch ist, unterliegt für die Besörde keinem Zweifel. Der Direction des Krankenhauses ist es bisher geglikt, jede Erregung von Wegener fernzuhalten, obwohl Ärzte, Wärter und Schwestern seit seinem Eintritt in das Krankenhaus über seine Persönlichkeit vollständig unterrichtet sind. Jetzt, da die Kunde in weite Kreise gedrungen ist und das Krankenhaus von Besuchern bestürmt wird, die unter allerlei Vorwänden über den Kranken etwas erfahren wollen, verdoppelt man die Vorkehrungen, um dem Patienten durch nichts zu verrathen, daß er erkannt sei. Dieser lag gestern tagsüber in einem unruhigen Schlaf. Jemand sprach er einige gleichgültige Worte, manchmal aber fuhr er sich empor und rief höhnend: „Wissen Sie schon? Wissen Sie schon?“ Wegener hat seine Personalien beim Eintritt in das Krankenhaus folgendermaßen angegeben: Auf die Frage, wo er herbe, sagte er glatt, ohne Zögern: „Von Hermann Erich Siefert, Buchbinder, 24 Jahr alt; die Krankenkasse der Zuckerfabrik zahl. Ich habe keinerlei Angehörige mehr, alle sind todt. Ich gehöre der Gemeinde der Irvingianer an; mein Vater war Kirchengemeindevorstand. Er und meine Mutter sind lange in Brest verstorben.“ Daß der angegebene Siefert kein gutes Besessen hat, darauf scheint der Umstand hinzuweisen, daß er gestern plötzlich fragte: „Warum werde ich besonders gepflegt?“ Seit gestern wird er von zwei anderen Kranken beobachtet, von denen einer ihn auf der Wanderschaft traf. Da die Papiere dieses Kranken nicht ganz in Ordnung waren, so bot ihm Wegener an, einen Stempel zu schneiden, um sich für sich und ihn neue Papiere anzufertigen. Auf Stempelschneiden verlegte er sich. Durch eine Zeitung ist jetzt den übrigen Patienten bekannt geworden, wen sie unter sich haben. Wegener wurde gestern, damit ein etwaiger Selbstmord verhindert werde, in eine neue Krankenzelle gebracht und mit zwei anderen Kranken zusammengelegt. Neben dieser Zelle ist eine Polizeistation errichtet worden, in der ein Polizist die Wache hat. Gestern Abend wurde Diacoms Reiboldt zu Wegener geschickt, um ihn, wenn möglich vorzubereiten, jedoch ohne Erfolg, da der Kranke wieder bewußtlos wurde. Sein Ableben wird sündlich erwartet, er liegt in fortwährenden Zuckungen.

† Hainberg, 18. Nov. Ein großer Unfall ereignete sich heute Nachmittag auf der Staatsstraße zwischen Ebersdorf und Schmainsdorf. In dem Geschwäre seines in Plauen bei Dresden wohnhaften Schwiegersohnes, Namens Bauer, und geführt von dessen Kutsher kam der Schneidermeister Kloßner, ein schon bejahrter Herr, von hier die bergabführende Straße in scharfer Krabe heruntergefahren. Vor der oberhalb des noch Schmainsdorf abzuwendenden Weges besetzten sich scharfen Kurve verlor der Kutsher die Herrschaft über sein Gefährt, und dasselbe stürzte mit den Insassen und den geladenen Karroffen in den dort befindlichen, über drei Meter tiefen, überbrückten Abgrund hinunter, wobei die und Brückengeländer der einen Seite mit sich in die Tiefe riefen. Schwer verletzt wurden die beiden Verunglückten aufgehoben, und durch sofort herbeigekommene ärztliche Hilfe mit Nothverbanden versehen. Mittels zweier inwohnlichen herbeigekommener Siechkörbe beförderte man Herrn Kloßner in seine hier befindliche Bepanung, in welcher dieser kurze Zeit darnach seinen Verletzungen erlag. Der Kutsher, dem u. a. beide Weine gebrochen sind und der anscheinend auch bedenkliche innere Verletzungen davongetragen hat, wurde in das Stabkrankenhaus nach Dresden übergeführt. Der Wagen ist vollständig unbrauchbar geworden, während das Pferd mit heiler Haut davongekommen ist und unverletzt eingekauft wurde.

† Ramenz, 20. Nov. Dem Bewohner B. uneres Nachbarortes Wiesa hatte Fortuna bei der Losziehung der Ulmer Lotterie mit einem ansehnlichen Geldgewinne von 10 000 Mk. bedacht. Dieser Tage stellte sich bei demselben nun ein Agent des Lotteriedirecteurs aus Walsa ein, um die Auszahlung des Betrages vorzunehmen. Er leitete sich dabei aber die Dreifachheit, für Speisen und sonstige Vermählungen dem glücklichen Gewinner 1000 Mark in Abzug zu bringen; erst nachdem der Agent sich mit seiner Bitte davon gemacht hatte, kam dem Wiesener das Gebahren verdächtig vor. Er nahm scheinlich seinen Weg nach Kamenz und hatte auch das Glück, mit Hilfe der Polizei sehr zufriedenen Agenten habhaft zu werden, noch ehe er mit der Einzahlung abdampsen konnte. Nach einigen Einwendungen mußte dieser sich bequemen, dem Gewinner sein rechtmäßiges Eigentum ohne jeden Abzug auszu zahlen.





# Schlafröcke, Anzüge, Paletots, Havelocks, Joppen, Otto Dobkowitz

in reichhaltigster Auswahl zu billigsten, festen Preisen.

## Ziehung in 4 Tagen vom 28. November bis 2. Dezember zu Berlin.

Wohlfahrts-Lotterie zu Zwecken der deutschen Schutzgebiete.

### Geld-Lotterie

16870 Geldgewinne im Betrage von **575,000 Mark.**  
Haupt-Gewinn **100,000 Mk.**

Wohlfahrts-Loose à Mark 3.30  
Porto und Liste 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet, auch unter Nachnahme das General-Debit

**Lud. Müller & Co.**  
Bankgeschäft, Berlin, Breitestr. 5.

Nur Geld-Gewinne ohne Abzug:

|        |                       |
|--------|-----------------------|
| 1      | 100 000 = 100 000 Mk. |
| 1a     | 50 000 = 50 000 Mk.   |
| 1      | 25 000 = 25 000 Mk.   |
| 1      | 15 000 = 15 000 Mk.   |
| 2      | 10 000 = 20 000 Mk.   |
| 4      | 5 000 = 20 000 Mk.    |
| 10     | 1 000 = 10 000 Mk.    |
| 100    | 500 = 50 000 Mk.      |
| 150    | 100 = 15 000 Mk.      |
| 600    | 50 = 30 000 Mk.       |
| 16 000 | 15 = 240 000 Mk.      |
| 16 870 | Gewinne 575 000 Mk.   |

Sin Mann als Geschäftsführer und zu sonstigen Arbeiten, sowie eine Frau zur Schenkenarbeit sofort gesucht.

**L. Weniger, Oberbreitestr. 3.**

Wer schnell u. billig Stellung will, verl. v. Postamt d. Deutsche Vakanzenpost Göttingen.

### Arbeitsnachweis

#### der Landwirtschaftskammer

Galle o/S., Reichigerstr. 291, nimmt bereits jetzt für nächste au: Leb. Pferde- und Ochsenkutsche, Sans- und Viehmädchen, verb. u. led. Hofknechte, verb. u. led. Schweizer u. Tagelöhnerfamilien. Stellennachweise ist kostenfrei.

### Widwete Mädchen

oder unabhängige Frauen finden in meiner Fabrik noch dauernde Beschäftigung.

**B. A. Blaukenburg.**

### Eine Ziege

zugeschrieben. Abholen bei

**Kob. Kottler, Mühle Al. Kahna.**

### Gelbe jährliche Eiderhähne

abhanden gekommen. Abzugeben gegen Bezahlung Galtst. 3. gr. Ucker. Merseburg.

Wer Kauf will, wird gewarnt!

### Nachruf.

Unsern Freunde und Jugendgenossen

**Herrn Karl Warnicke**

in herzlichster Liebe und Verehrung

gedenkt

von der Jugend zu Rüstjahren

am 22. November 1898.

Am 18. November verchied nach langem, sehr schweren Leiden der Unmüdigkeit **Karl Warnicke**. Wir betrauern in dem Dahingegangenen einen unserer besten Freunde, der sich durch seinen biederen Charakter und sein gutes Herz bei uns ein immer lebendes Andenken geschaffen hat. Um ihn trauern seine Eltern, deren Stiefmutter und größte Freude er stets gewesen, sowie die ganze hiesige Gemeinde. Nur zu früh wurde der hoffnungsvolle Sohn in ein befehltes Dasein abgerufen. Die innige Anteilnahme an dem schmerzlichen Verlust der sehr betraubten Eltern, sowie die zahlreichen Blumenschleiden und Beileidsbesprechungen lassen wohl am besten erkennen, wie nah uns der Verstorbene gehalten hat und wie lieb und theuer er uns gewesen ist. Wir ruhen ihm ein „Aube sanft“ in die Ewigkeit nach.

Ruhe sanft! Des Lebens Kummer Drückt nicht mehr Dein frommes Herz. Dich umfängt des Grabes Schlummer; Uns allein, uns blieb der Schmerz.

### Nachtrag.

Am frühen Morgen uneres Jubiläumstages wurde uns von meinem Musikvor ein Ständchen durch den Choral „Lobe den Herrn“ gewidmet. Dasselbe wurden uns vom Dirigent **Herrn R. Weiler** 60 Mk. von der Einnahme bei dem uns zu Ehren gegebenen Concert überreicht. Zugleich dem Herrn Musikwirth C. Precht für drei Abende freundlicher unentgeltlicher Aufnahme unseres Sohnes mit Familie, des Steueransehers in Hindorf, während der Feier unserer gold. Jubiläumstage wie hiermit beiden Familien, welche in Anerkennung übersehen worden, unsern herzlichsten Dank.

Geschenke empfangen wir noch: von Herrn **Louis Hoffmann**, Herrn **Rector Wemmann**, **Weissenfels**, Herrn **Gärtner-Heißlich**, Herrn **Bartholomäus geb. v. Voigt**, Herrn **Hauptmann v. Voigt**, Herrn **Stähler-Weissenfels**.

**G. Gutjahr und Frau.**

Dazu eine Beilage.

Montag den 28. November, abends 7 Uhr,

### 2. Künstler-Concert

im Alg. Schloßgartenpavillon.

Solisten: Fräulein **Marcella Pregel** und Fräulein **Olga Gross**.

Fräulein Pregel trägt Gesangsstücke von **Chad. Gounod**, **Bach**, **Schumann**, **Beethoven**, **Wagner**, **Belubille**, **Berens**.

Fräulein Gross spielt Compositionen von **Bach**, **Beethoven**, **Wagner**, **Chopin**, **Liszt**.

Clavierstücke nummeriert à 3 Mk., nicht nummeriert à 1 Mk. 50 Pf. in der **Stollberg'schen Buchhandlung**.

### Ortskrankenkasse

für die im Tischlergewerbe und in andern verwandten Gewerben zu Merseburg beschäftigten Personen.

### General-Versammlung

Montag den 28. Nov. cr., abends 8 1/2 Uhr,

in der Restauration „Zur guten Quelle“ hierelbst.

#### Tagesordnung:

1) Wahl der Rechnungsprüfungs-Commission.

2) Rapport des Vorstandes.

3) Beschließens.

Einige Enträge sind schriftlich bis zum 26. November cr. beim Vorstehenden einzureichen.

Merseburg, den 18. November 1898.

**Der Vorstand.**

**W. Borsdorf, Vorstehender.**

### Ortskrankenkasse des Maurergewerks.

### General-Versammlung

Sonnabend den 26. Nov. d. J., abends 8 Uhr,

im Restaurant „Zur guten Quelle“.

#### Tagesordnung:

1) Neuwahl zur Prüfung der Jahresrechnung 1898.

2) Vorstandswahl.

3) Beschließens.

**Der Vorstand.**

### Kaiser Wilhelmshalle.

### Panorama.

### Steiermark.

Schöne Aussicht auf Merseburg.

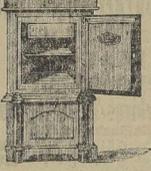


Ein großer Transport Kühe mit Kälbern, sowie tragende Kühe u. Färsen stehen von Sonnabend den 26. d. M. ab sehr preiswerth im Gasthof „Zur grünen Linde“ in Merseburg zum Verkauf.

**Emil Rottowsky.**

Wegen vorgerückter Saison empfehle **garnirte und ungarvirte Hüte.** Ferner den Rest-Vorrath von Sommer- und Winterhandschuhen, Mützen zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Gleichzeitig mache auf mein großes Lager in **Ballblumen und Tuffs** aufmerksam.

**M. Otto, gr. Ritterstraße 22.**



Feuerfeste Geld-, Bücher- und Documentenschränke aus der Fabrik v. **F. Parcel-Magdeburg** sind stets auf Lager bei

**Otto Stowich, Merseburg, Zerkstraße 17.**

Meine

## Spielwaaren-Ausstellung

ist eröffnet.

**M. Schultze jr., Colthardtsstr. 44.**





# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

(mit Ausnahme der Tage nach dem Sonntag und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr. Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Illustrirtes Sonntagsblatt, Mode und Heim,  
Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abnahme  
1 Mark 20 Pf. durch den Hermsdörfer,  
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 275.

Donnerstag den 24. November.

1898.

Für den Monat Dezember werden noch Abonnements auf den **Merseburger Correspondent**, zum Preise von 40 Pfg. resp. 42 Pfg. von allen Postanstalten, Postbüros, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

## Reichsverdrissenheit.

Das die Art, wie, nicht erst seit heute oder gestern, im Reich und in Preußen, regiert wird, nicht dazu geeignet ist, außerhalb der Reichshauptstadt moralische Erhebungen zu machen, bedarf keiner besonderen Begründung. Im Grunde sind dieser Ansicht auch diejenigen, die es für tadellos klug halten, ihre Unzufriedenheit nicht laut werden zu lassen, um nicht mit den „Radikalen, Partikularen und Reichsfeinden“ in einen Topf gemorren zu werden. Das die Unzufriedenheit nicht auf Zeitungs- und Briefschreiber beschränkt ist, davon hat man eben erst einen außerordentlich schlagenden Beweis erhalten. — Vor einigen Tagen veröffentlichte die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ eine offizielle Notiz, mittels deren ein gewisses Reichsamt eine hiesige Nachrichten-Correspondenz von seinen Nachschöben abhottelte. Die „Norddeutsche“ schrieb nämlich: „In der Presse ist kürzlich die Vermutung ausgeprochen, daß die „Wittelsbacher und politische Correspondenz“ Beziehungen zu antiken Stellen des Reichs habe, bezüglich zu halbamtlichen Mitteilungen seitens derselben benutzt werde. Diese Annahme ist, wie uns bekannt geworden, unzutreffend.“ Bei welchem Anlaß die Vermutung, daß die „Witt. u. pol. Corr.“ zu halbamtlichen Mitteilungen benutzt werde, laut geworden ist, wurde nicht gesagt. Es wird sich aber wohl um die Bemerkungen handeln, welche sie vor etwa vierzehn Tagen an die Nachricht einer Reise des Großherzogs von Baden des angeleglichen Stellvertreters des Kaisers nach München gemittelt hatte. Der Großherzog, schrieb sie, werde jedenfalls Veranlassung nehmen, den Beweis des Reiches Bayern darüber freundschaftlich zu verhandeln, in welchem Maße mehrfach die Ansichten seiner eigenen Regierung und der preussischen über wichtige Erfordernisse der Zeit auseinandergehen. Sowohl hinsichtlich der Sozialpolitik wie derjenigen des Schutzes der nationalen Arbeit hält die bayerische Regierung nicht wenig bemerkenswerter Beharrlichkeit an Ideen fest, die es mitunter als zweifelhaft erscheinen lassen, ob bei ihr das durch die Versailles Verträge indirekt umgesetzte Maß von Rücksichtnahme auf die übrigen Glieder des deutschen Reichs sich geändert oder die Neigung sich vergrößert hat, den Anspruch zu erheben, daß die Führung in Deutschland weniger bei Preußen als bei Bayern zu liegen habe.“ Diese Mitteilung wäre vielleicht weniger taglich genommen worden, wenn die „Münch. N. Nachr.“ nicht die in Rede stehende Correspondenz mit einer vielfach als Sprachrohr amtlicher Kreise benutzten Correspondenz verwechselt hätten. Nachdem aber die „Nordd. Allg. Ztg.“ das Dementi veröffentlicht hatte, erklärte die dekonvulsierte Correspondenz ziemlich kleinlaut, sie habe ihre Mitteilung nicht aus amtlichen Berliner Quellen, sondern aus bayerischen. Was denselben in tatsächlicher Hinsicht zu Grunde lag, hat inzwischen auch die „Münch. Allg. Ztg.“ mitgeteilt; nämlich: die bayerische Regierung widerspricht den Vorschlägen der Novelle zum Invaliditätsgesetz, welche sich auf die anderweitige Verteilung der Renten beziehen. In München ist man eben der Ansicht, die bayerische Regierung sei (ebenso wie die preussische) in der Lage, durch anderweitige Abgrenzung der Bezirke der Versicherungsanstalten dem „Reichstunde“ der oberbayerischen

Anstalt abzuhelfen. In Bayern will man offenbar einen Schritt, der auf den Weg zu einer Reichsversicherungsanstalt führen könnte, nicht thun. Daß Bayern damit seine Stellung im Reiche verkenne, kann man nicht behaupten. Die Frage ist auch weniger eine sachliche, wie eine persönliche, insofern diese Art von Intransiganz, welche den finanziellen Ausgleich zwischen den Versicherungsanstalten befürwortet, den Widerspruch Bayerns als eine persönliche Niederlage empfindet. Die Mitteilung der „Witt. u. pol. Corr.“ läßt erkennen, mit welchen Argumenten versucht worden ist, den Widerspruch Bayerns zu brechen. Um so weniger kann es überraschen, daß das Schlagwort „Reichsverdrissenheit“ wieder in Circulation gesetzt wurde und — weshalb die „Nordd. Allg. Ztg.“ das räthselhafte Dementi veröffentlichte mußte. Zwischen es übrigens Bayern auf dem Gebiet des Schutzes der nationalen Arbeit an dem verlannten Entgegengemommen hat festhalten, ist bisher nicht aufgeklärt. Sollte man in München in der Unterwerfung unter die Diktatur der ostelbischen Agrarier nicht die wahre staatsmännliche Weisheit sehen?

## Zur Dreysfußsache

wird aus Paris gemeldet, der Kassationsgerichtshof verbot am Montag Nachmittag General Goyse und General Rogee, den ehemaligen Kabinettschef Cavagnac. Ferner heißt es, daß Paty de Clam solle wegen der Affäre der verhafteten Dame von dem Kassationshof verurtheilt werden. Angeblich soll sich hier Epigone Ghergays wieder in Paris befinden.

Eine interessante Nachricht ist der „Wos. Ztg.“ aus London zugegangen. Der „St. James-Gaz.“ wird aus Paris mitgeteilt, das geheime Aktenstück, das den Offizieren des Kriegsgerichts gezeigt wurde und die Verurtheilung Dreysfuß hauptsächlich herbeiführte, sei ein Brief des russischen Militärattachés in Paris, General Fredericks, aus Berlin an die französische Militärbehörde gewesen, besagend, daß ein Bericht in Pariser Nachrichtenbureau sei, der für den Verkauf von Geheimnissen an den deutschen Generalstab verantwortlich sei. Der Bericht sei ein gewisser Dreysfuß, Hauptmann der Artillerie. Später habe Fredericks ermittelt, daß der Bericht nicht wahr sei.

In Montenegro ist die Regierung gegen ungewisse Gerüchte vor einem Gebührenschaften.

Frankreich. Die französische Deputirtenkammer nahm am Montag mehrere Anträge mit 492 gegen 43 Stimmen an, nach denen für Preußen das Recht für Vergehen gegen das Vereins- und Versammlungsrecht Anmeldepflicht gewährt wird.

Spanien und Mexiko. Bezüglich der Philippinen herrscht nunmehr volle Klarheit über die Absichten der Vereinigten Staaten. Wie die „Agence Havas“ amtlich mittheilt, bestanden in der Sitzung der Friedenscommission am Montag die amerikanischen Commissare auf Anerkennung der Souveränität Mexikos.

Für das Beseltwerden des ganzen Ausgleichs, so sagte der Minister, kann und wird wohl ein weiterer Zeittermin herangezogen werden müssen. Der Minister möchte diesem Zweck den Namen und Charakter eines Geschäftsprobatoriums geben. Der Ausschuss erlediigte am Montag die ersten drei Artikel des Zoll- und Handelsabkommens unverändert nach der Regierungsvorlage. — Die Demission des österreichisch-ungarischen Reichskriegsministers Fehren. v. Krieghammer wird nunmehr bestimmt gemeldet. Wie die „Neue Freie Presse“ aus parlamentarischen Kreisen berichtet, hat der zur Zeit auf einer Urlaubreise in Dalmatien befindliche Reichskriegsminister Geler von Krieghammer demissionirt. Authentisches liegt bisher nicht vor. — Urge Standale gab es am Montag im ungarischen Abgeordnetenhaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung warf die Opposition die Hengst-Frage abermals auf. Der Honvedminister Fejervary polemisirte mit den oppositionellen Rednern. Ueber einen Zwischenruf aufgebrocht, wendete der Minister sich zur Nationalpartei und rief: „Sie haben aber Ehre nicht zu urtheilen, da Sie die Ehre Anderer mit Füßen treten, Sie Erwerber!“ Die gesammte Opposition brach in wildes Gekrei und Loben aus, schlug mit den Fäusten auf die Bulte und forderte, daß der Präsident den Minister zur Ordnung rufe. Sie wendete den Minister solange am Sprechen zu hindern. Das Loben dauerte minutenlang. Stimmliche Ruhe, wie: Deserreichischer Söldling! Grobes Schwein! Der ist ein größeres Schwein als Banffy! wurden dem Minister zugesendet. Der Präsident suspendirte die Sitzung. Nach Wiederaufnahme derselben forderte die Opposition, der Minister möge um Verzeihung bitten. Ahermals erneuerten sich die wilden Szenen. Hierauf wurde die Sitzung wieder suspendirt. Diese Komödie wiederholte sich nach den einstündigen Unterbrechungen durch die Vertagung bis abends 11 1/2 Uhr, um welche Zeit der Präsident die Sitzung unter dem Jubel der Opposition schloß. Mehrere aus den Galerien demonstrierende Studenten wurden verhaftet. Am Dienstag wurde die Angelegenheit, um die der Standal entstanden war, in aller Ruhe beigelegt. Der Präsident sagte, der Honvedminister habe zu hören geglaubt, man rufe ihn zu: „Von Ehre sprechen Sie nicht!“ Der Präsident forderte denjenigen Abgeordneten, welcher diesen Zwischenruf gethan hat, auf, sich zu melden. Oskar Ivansa erklärte, er habe nur gesagt: „Ehrenwort auf Zeit“, worauf der Honvedminister erklärte, da der Zwischenruf, den er zu hören glaubte, nicht erfolgt sei, so bitte er das Haus, seine Worte als nicht gesagt zu betrachten. (Lebhafter Beifall im ganzen Hause.) Die Angelegenheit war damit erledigt und der Honvedminister legte seine gestrige Rede fort. — Die Straße, in welcher das Gebäude des Abgeordnetenhauses liegt, war von einer starken Polizeistreife abgesperrt und nur mit Legitimation passierbar. Die sich zur Sitzung begebenden Abgeordneten wurden von Beamten des Abgeordnetenhauses legitimirt. Der Aufseher war von einer dichtgedrängten Menschenmenge besetzt. Vor dem Polizeichiff fanden Ansammlungen von Studenten statt, welche mit der besten Polizei handgemein wurden und dieselbe mit Steinen besaßen. Die Polizei drängte die Studenten in das Polizeichiff zurück.

